

# Luzerner Zeitung

Samstag, 23. Februar 2019

AZ 6002 Luzern | Nr. 45 | Fr. 3.50 | € 4.- [www.luzernerzeitung.ch](http://www.luzernerzeitung.ch)



## Wichtigster Filmpreis

Das müssen Sie über die Oscar-Verleihung von Sonntagnacht wissen. 16/17

## Autostreit: Justiz muss entscheiden

**Autogewerbe** Kleine Garagen leiden unter den strengen Vorgaben der grossen Autohersteller. Nun reagiert die Politik.

Die Luzerner Autogarage Epper befindet sich im Clinch mit dem Jaguar- und Land-Rover-Importeur Emil Frey. Die beiden streiten sich vor Gericht um die Kündigung der Werkstattverträge durch Emil Frey. Der Streit ist kein Einzelfall. Derzeit laufen schweizweit rund ein Dutzend

ähnliche Verfahren. Ausserdem mussten viele Garagen nach den Kündigungen von Verträgen durch Importeure ihren Betrieb einstellen oder verkaufen. Grund für die Umwälzungen im Automarkt sind höhere Anforderungen an die Autogaragen, etwa in Bezug auf Digitalisierung und Elektromobilität. Die strengeren Vorgaben werden von den grossen Automarken diktiert.

### Vorstösse in Luzern und Bern

Verschiedene Politiker wollen der Entwicklung nun einen Riegel schieben. CVP-Präsident Gerhard Pfister hat im Nationalrat eine Motion eingereicht, die auch von der Luzerner CVP-Nationalrätin Andrea Gmür unterstützt wird. «Der Schutz der vielen Garagen, zumeist Familien-KMU, gegenüber ausländischen Herstellern ist derzeit ungenügend», sagt Gmür. Auch der Luzerner FDP-Kantonsrat Damian Hunzler hat gestern einen Vorstoss zum Verdrängungswettbewerb im Gewerbe eingereicht. (mim) 11

«Der Schutz der Garagen gegenüber ausländischen Herstellern ist ungenügend.»



Andrea Gmür  
CVP-Nationalrätin

## Häberli übernimmt das Kommando



**Fussball** Der neue FCL-Trainer Thomas Häberli liess bei seinem Amtsantritt die Spieler (im Bild Yannick Schmid) schwitzen. Sein erster Eindruck: «In der Mannschaft sind viele gute Typen. Vielleicht sind sie sogar ein bisschen zu brav.» 40

Bild: Martin Meinberger/Freshfocus (Luzern, 22. Februar 2019)

## Kommentar

### Links ist nicht gleich links

**Sozialdemokratische Parteien rücken weltweit nach links.** Niemand verkörpert diesen neuen Sozialismus besser als die US-Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez. Die demokratische Sozialistin mag selbst hiesige SP-Politiker zu begeistern. Nun lässt sich die SP Schweiz schwer mit den US-Demokraten vergleichen. Seit Jahren ist sie linker positioniert als ihre Schwesterparteien in Nordamerika und Europa. Das hat mit dem hiesigen, vielfältigen Mehrparteiensystem zu tun. Die Pole sind extremer als andernorts.

Eine gehörige Portion Pragmatismus geht aber auch den Schweizer Sozialdemokraten nicht ab. Würden sich alle Vertreter einzig am Parteiprogramm orientieren, hätte die SP niemals so viele Ständeräte. Derzeit sind es 12 von 46 Sitzen. Die von Links lange als konservativer Hort verschmähte kleine Kammer ist für die SP zu einem zentralen Ort der Einflussnahme geworden.

Natürlich: Der gewerkschaftliche Flügel ist bei der SP stark. Derzeit bestimmt er die Europapolitik. Leicht vergessen geht aber, dass die SP gerade in der Westschweiz auch von Kommunisten, Marxisten und Trotzlisten bedrängt wird. Die Abstimmung zur Rentenreform 2020 hat die SP wegen den Linksaussen-Parteien verloren. Auch bei der aktuellen Abstimmung zum AHV-Steuer-Deal wird die SP von Links vor sich hergetrieben. Und von den Grünen. Es sind ihre Vertreter, die in bester sozialdemokratischer Manier von «Milliardenschiss» und «ruinösem Steuerwettbewerb» reden. Die Grünen gehen bei einem Gerechtigkeits Thema auf Konfrontationskurs zur SP. Ein Jackpot im Wahljahr. Fast möchte man sagen: Die neuen Schweizer Sozialisten sind grün.



Doris Kleck  
doris.kleck@chmedia.ch

## Rückkehr des Sozialismus

**Linke** Rund um die Welt haben sozialistische Politiker Auftrieb. Ihre Ikonen stammen nicht mehr aus Moskau, sondern New York, wie die junge US-Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez.

Eine Folge davon: Zahlreiche Parteien mit linker Wählerschaft wenden sich von der Mitte ab – nach noch weiter links. Dabei lassen sie auch die gemässigten, wirtschaftsfreundlichen Programme sozialdemokratischer Regierungsparteien wie der britischen Labour unter Tony Blair oder der deutschen SPD unter Gerhard Schröder aus den 1990er-Jahren hinter sich. Und auch in der Schweiz ist die SP weiter nach links gerückt. (hay/bär)  
Kommentar 6. Spalte 2/3

## Strafrechtler warnen vor Vergewaltigungsgesetz

**Vorlage** Der revidierte Strafbestand der Vergewaltigung habe ungeahnte Folgen, sagen zwei Professoren.

Das Schweizer Strafgesetzbuch wird derzeit mit einer Monstervorlage überarbeitet. Es geht um 250 Straftatbestände. In diesem Gesetzesprojekt verbirgt sich ein Problem, das bisher in der Politik nicht wahrgenommen wurde. Doch nun schlagen zwei Strafrechtsexperten Alarm.

Für Felix Bommer von der Universität Zürich und Marcel Niggli von der Uni Freiburg könnte die Vorlage ungeahnte Folgen haben. Umstritten ist die neue Definition von Vergewaltigung. Neu sollen auch «beischlafähnliche Handlungen»

dazu gehören. Was genau darunter zu verstehen ist, wird den Gerichten überlassen.

### Geschlechtsneutrale Formulierung

Der Bundesrat habe die Vorlage unter dem Vorwand der politischen Korrektheit erstellt, sagt Niggli. Denn ein Grund für die Revision ist der Wunsch nach einer geschlechtsneutralen Formulierung des Strafgesetzbuches. Nicht nur Frauen sollen künftig als Opfer von Vergewaltigungen eingestuft werden, sondern auch Männer. (mau) 5

## Lehrer stehen zu Bildungsdirektor

**Kanton Luzern** Der Lehrerinnen- und Lehrerverband empfiehlt Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP) zur Wiederwahl. Auch unterstützt werden dessen Parteikollegen Guido Graf sowie die neu kandidierenden Korintha Bärtsch (Grüne) und Jörg Meyer (SP).

Diese Wahlempfehlung überrascht selbst Mitglieder der politischen linken Allianz für Lebensqualität, da Wyss umstrittene Sparmassnahmen in der Bildung vertreten hat. Alex Messerli, Präsident des Lehrerverbands, sieht die CVP-Männer als Mehrheitsbeschaffer im Regierungsrat. Mit Bärtsch soll zudem wieder eine Frau vertreten sein und mit Meyer die Konkordanz wiederhergestellt werden. (cgl) 21

## Vollzeitjobs für Krienser Stadtrat

**Arbeitspensum** Der Krienser Stadtrat beantragt für seine Mitglieder eine Stellenaufstockung von 80 auf 100 Prozent, wie er gestern bekannt gab. Im Gegenzug sollen alle Nebeneinkünfte in die Stadtkasse fliessen. «Diese Variante hat den Vorteil, dass sie transparent sowie gerecht ist und der tatsächlich geleisteten Arbeit entspricht», sagt Bauvorsteher Matthias Senn (FDP). Durch die Aufstockung entstünden Mehrkosten von 183 000 Franken.

Das Thema hat vor einem Jahr im Krienser Stadtrat zu einem Zerwürfnis und im Einwohnerrat zu hitzigen Diskussionen geführt. Mit dem neuen Vorschlag sollen nun klare Regeln geschaffen werden. (std) 24

